S 15 RJ 1084/99

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Hamburg

Sozialgericht Landessozialgericht Hamburg

Sachgebiet Rentenversicherung

Abteilung 1

Kategorie Beschluss

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 15 RJ 1084/99
Datum 25.02.2003

2. Instanz

Aktenzeichen L 1 RJ 97/03 Datum 03.08.2004

3. Instanz

Datum -

1. Die Berufung des Klägers gegen das Urteil des Sozialgerichts Hamburg vom 25. Februar 2003 wird zurückgewiesen. 2. AuÃ□ergerichtliche Kosten sind auch für das Berufungsverfahren nicht zu erstatten. 3. Die Revision wird nicht zugelassen.

Tatbestand:

Die Beteiligten streiten über die Gewährung einer Rente wegen Erwerbsunfähigkeit für die Zeit vom Juli 1999 bis Januar 2000.

Hinsichtlich des Sachverhalts bis zum Abschluss des erstinstanzlichen Verfahrens wird auf den Tatbestand des angegriffenen Urteils des Sozialgerichts Hamburg vom 25. Februar 2003 verwiesen. Das Sozialgericht hat die Klage abgewiesen. Der Kläger habe im streitigen Zeitraum keinen Anspruch auf Rente wegen Erwerbsunfähigkeit. Zwar sei sein Leistungsvermögen eingeschränkt, aber nicht so weit, dass Erwerbsunfähigkeit vorliege.

Dagegen hat der Kläger Berufung eingelegt und im Rahmen der Anhörung zu der vom Senat in Erwägung gezogenen Zurýckweisung der Berufung durch Beschluss zur Begründung seines Rechtsmittels vorgetragen, das erstinstanzlich

eingeholte Gutachten sei in sich widersprüchlich, wenn es von einem hochgradigen VerschleiÄ□leiden der Wirbelsäule mit erheblichen Belastungsbeschwerden ausgehe, ohne gleichzeitig eine Einschränkung der Wegefähigkeit anzunehmen. Zur Unterstþtzung seines Vorbringens hat der Kläger zwei Atteste des Praktischen Arztes H. vorgelegt. Im Attest vom 25. Oktober 1999 äuÃ□ert dieser (ohne nähere Begrþndung) seine Einschätzung, der Kläger sei berufs- sowie erwerbsunfähig. Im Attest vom 16. Dezember 2002 bescheinigt er dem Kläger, dass dieser eine Untersuchung bei einem Orthopäden auÃ□erhalb von Hamburg am 17. Dezember 2002 nicht wahrnehmen könne, weil er auf die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel bei einer beschwerdearmen Gehstrecke von maximal 200 Metern angewiesen sei.

Der KlĤger beantragt, das Urteil des Sozialgerichts Hamburg vom 25. Februar 2003 aufzuheben sowie den Bescheid der Beklagten vom 29. Dezember 1998 in der Fassung des Widerspruchsbescheides vom 23. September 1999 abzuĤndern und die Beklagte zu verurteilen, ihm eine Rente wegen ErwerbsunfĤhigkeit für die Zeit vom Juli 1999 bis Januar 2000 zu gewĤhren.

Die Beklagte beantragt sinngemäÃ∏, die Berufung zurückzuweisen.

Wegen des Sachverhalts im Einzelnen wird auf den Inhalt der Prozessakte dieses Verfahrens, der Krankenakte des Allgemeinen Krankenhauses W., der Schwerbehindertenakte, der Prozessakte S 30 SB 640/99 sowie der Verwaltungsakten der Beklagten verwiesen. Sie sind Gegenstand der Beratung und Entscheidung des Senats gewesen.

Entscheidungsgründe:

Das Gericht kann gemÃxÃ $\$ § 153 Abs. 4 Sozialgerichtsgesetz (SGG) die Berufung durch Beschluss zurÃ 1 4ckweisen, da es sie einstimmig fÃ 1 4r unbegrÃ 1 4ndet und eine mÃ 1 4ndliche Verhandlung nicht fÃ 1 4r erforderlich hÃxIt. Die Beteiligten sind vorher gehÃ n 1rt worden.

Die statthafte, form- und fristgerecht eingelegte und auch im ̸brigen zulässige Berufung des Klägers (vgl. <u>§Â§ 143</u>, <u>144</u>, <u>151 SGG</u>) ist nicht begrù⁄₄ndet. Er hat keinen Anspruch auf Gewährung einer Rente wegen Erwerbsunfähigkeit statt der laufend bezogenen Rente wegen Berufsunfähigkeit.

Auf den Rechtsstreit sind die Vorschriften des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch (SGB VI) anzuwenden ($\frac{\hat{A}\S 300 \text{ Abs. } 1 \text{ SGB VI}}{1 \text{ SGB VI}}$).

GemäÃ∏ § 44 Abs. 2 SGB VI haben Versicherte bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres Anspruch auf Rente wegen Erwerbsunfähigkeit, wenn sie u.a. erwerbsunfähig sind. Erwerbsunfähig sind Versicherte, die wegen Krankheit oder Behinderung auf nicht absehbare Zeit auÃ∏erstande sind, eine Erwerbstätigkeit in gewisser RegelmäÃ∏igkeit auszuüben oder Arbeitsentgelt oder Arbeitseinkommen zu erzielen, das monatlich 630 Deutsche Mark übersteigt (§ 44 Abs. 2 Satz 1 SGB VI). Erwerbsunfähig ist nicht, wer eine Tätigkeit

vollschichtig aus $\tilde{A}^{1}/_{4}$ ben kann; dabei ist die jeweilige Arbeitsmarktlage nicht zu ber $\tilde{A}^{1}/_{4}$ cksichtigen (\hat{A} § 44 Abs. 2 Satz 2 SGB VI).

Der KlĤger ist nicht erwerbsunfĤhig, weil noch ein vollschichtiges LeistungsvermĶgen fù⁄₄r zumindest leichte Arbeiten mit qualitativen EinschrĤnkungen bei erhaltener WegefĤhigkeit besteht. Zu Recht und mit zutreffender Begrù⁄₄ndung hat das Sozialgericht daher die auf Gewährung einer Rente wegen Erwerbsunfähigkeit gerichtete Klage unter Bestätigung der Bescheide der Beklagten als rechtmäÃ∏ig abgewiesen. Der Senat sieht insoweit von einer weiteren Darstellung der Entscheidungsgrù⁄₄nde ab und nimmt auf die Grù⁄₄nde dieses Urteils Bezug (§ 153 Abs. 2 SGG).

Im Berufungsverfahren hat der KlĤger nichts vorgetragen, was dieses Ergebnis in Frage stellen kĶnnte. Aus den im Rahmen der AnhĶrung vorgelegten Attesten des Praktischen Arztes H. ergibt sich kein Anhalt fýr eine Verschlechterung des LeistungsvermĶgens im streitigen Zeitraum. Das Attest vom 25. Oktober 1999 hat bereits dem Sozialgericht vorgelegen und ist bei der erstinstanzlichen Begutachtung ausgewertet worden. Das weitere Attest vom 16. Dezember 2002 beschreibt â☐ wenn dort Ã⅓berhaupt eine aufgehobene Wegefähigkeit bescheinigt werden soll â☐ allenfalls einen Gesundheitszustand im Dezember 2002. Damit trifft es keinerlei Aussage zur gesundheitlichen Situation im auf die Zeit bis Januar 2000 beschränkten Streitzeitraum.

Der Senat folgt dabei auch den $\tilde{A}^{1}/4$ berzeugenden Ausf $\tilde{A}^{1}/4$ hrungen in dem Gutachten des Chirurgen M \hat{a} | \tilde{A} | bereinstimmend mit den Einsch \tilde{A} xtzungen der Gutachter im Verwaltungsverfahren sowie im erstinstanzlichen Gutachten des Internisten Prof. Dr. H1. begr $\tilde{A}^{1}/4$ ndet dieser aus seiner Befunderhebung nachvollziehbar das Restleistungsverm \tilde{A} gen und schlie \tilde{A} | t sich zu Recht nicht der pauschalen Behauptung des behandelnden Arztes H. an. Auch in der Beurteilung, dass die erheblichen Verschlei \tilde{A} | erscheinungen der Wirbels \tilde{A} xule im streitigen Zeitraum (noch) nicht zu einer Aufhebung der Wegef \tilde{A} xhigkeit gef $\tilde{A}^{1}/4$ hrt haben, vermag der Senat eine Widerspr $\tilde{A}^{1}/4$ chlichkeit des Gutachtens nicht zu erkennen.

Die Kostenentscheidung folgt aus $\frac{\hat{A}\S 193 \ SGG}{193 \ SGG}$ und entspricht dem Ausgang des Rechtsstreits in der Hauptsache.

Ein Grund fÃ 1 /4r die Zulassung der Revision gemÃ x A m a a 160 Abs. 2 Nr. 1 oder Nr. 2 SGG ist nicht gegeben.

Erstellt am: 20.09.2004

Zuletzt verändert am: 23.12.2024